



Auszug aus der Niederschrift der 25. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmal- pflege vom 13.04.2026

öffentlich:

TOP 7.1. Antrag von AM Stolzenberg (Die FRAKTION Lübeck):Ergänzung der Ge- denkstätte in der Hafenstraße um die Namen der Getöteten 20/0047-01 vertagt

Gemäß TOP 1 findet nur eine mündliche Beratung statt. Eine Beschlussfassung wird vertagt.

AM Stolzenberg begründet seinen Antrag.

Es findet ein Austausch zum Umgang mit den sensiblen Daten der Opfer statt. Des Weiteren wird die Frage diskutiert, ob und wie das Einverständnis der Hinterbliebenen zur Namensnennung der Opfer auf dem Gedenkstein eingeholt werden sollte und ob dies vor oder nach einer Beschlussfassung des Antrags zu erfolgen habe. Es sprechen AM Odenthal, AM D'Amico, AM Müller, AM Kreft und AM Dr. Junghans.

Nina Jakubczyk (Leiterin Kulturbüro) informiert über die Recherchen der Fachstelle Erinnerungskultur zum Umgang mit der Frage der Namensnennung bei der Errichtung des Gedenksteins. Es seien nicht mehr alle Einzelheiten des damaligen Verfahrens nachvollziehbar, aber aus Kreisen der erinnerungskulturellen Initiativen habe man erfahren, dass sich damals in einer Diskussion die Mehrheit der Hinterbliebenen dagegen ausgesprochen habe.

Fr. Senatorin Frank informiert darüber, dass beim nichtöffentlichen Empfang des Bürgermeisters, den die Fachstelle Erinnerungskultur am 17.01.2026 im Rathaus für die Opfer und Hinterbliebenen veranstaltet habe, der Wunsch nach Namensnennung auf dem Gedenkstein von den Betroffenen nicht geäußert worden sei. Es sei sehr wahrscheinlich, dass nicht alle Hinterbliebenen einer Namensnennung zustimmen würden. Ohne expliziten Auftrag durch den Ausschuss werde die Verwaltung in dieser Sache nicht aktiv werden.

Der Vorsitzende äußert Verständnis für die unterschiedlichen Perspektiven auf das Thema und empfiehlt den Ausschuss-Mitgliedern, die Vertagung des Beschlusses zu nutzen, um in ihren Fraktionen eine Haltung dazu zu finden.

**Der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege be-
schließt gemäß TOP 1 eine Vertagung des Antrags.**

Antrag:

Der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege empfiehlt der Bürgerschaft die folgende Beschlussfassung:

Die Gedenkstätte für die Opfer des Brandanschlages auf Geflüchtete in der Hafenstraße ist um die Namen der Getöteten zu ergänzen. Dem Kulturausschuss sind in der Sitzung im September Vorschläge dazu vorzulegen. Die Maßnahme soll bis zur Gedenkveranstaltung am 18. Januar 2027 umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	XX
Nein-Stimmen:	XX
Enthaltungen:	XX